

Autor: Mathias Zahn  
Gesprächspartner: Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit  
Redaktion: Stephan Ueberbach SWR Studio Berlin  
Sendung: Samstag, 29.07.2017, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR

SWR Interview der Woche vom 29.07.2017

SWR: Immer neue Rekorde am Arbeitsmarkt. Im Juni gab es so wenig Arbeitslose wie seit 26 Jahren nicht, gleichzeitig ein Rekord bei der Beschäftigung. Wie lange kann das noch so weitergehen, wann kommt der Einbruch?

D. Sch.: Also wir sehen zur Zeit keinen Einbruch. Unsere Frühindikatoren Kurzarbeit, Stellenzugänge und dass was uns das IAB prognostiziert, sagt für dieses und für nächstes Jahr geht es so weiter.

SWR: Das IAB ist das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Wie erklären Sie sich diesen Boom denn? Das Wirtschaftswachstum ist ok sag ich mal, aber jetzt auch nicht überragend.

D. Sch.: Das stimmt. Wir sitzen manchmal morgens in der Vorbereitung unserer Arbeitsmarkt- Pressekonferenz mit den Kollegen vom IAB und fragen und es gibt eben ein begrenztes Wirtschaftswachstum aber eben auch eine Reihe von Branchen, die nicht zwingend wachstumsinduziert sind. Also Sozial- und Gesundheitsberufe, das was rundum die Flüchtlingssituation entstanden ist, da entstehen Beschäftigungsverhältnisse, die nicht unbedingt von Wachstum abhängig sind und das trägt mit zu diesem Wachstum am Arbeitsmarkt bei.

SWR: Jetzt sind das aber auch alles nicht die bestbezahltesten Traumjobs, im Gegenteil, Hans-Böckler-Stiftung eine Studie von denen hat kürzlich gezeigt, dass der Boom zum großen Teil auf Billigjobs und Teilzeitjobs beruht. Damit können Sie nicht zufrieden sein, wenn die Leute zwar arbeiten aber davon kaum oder gar nicht leben können!

D. Sch.: Naja ich finde, dass die Tarifeinkommen in den letzten Jahren ganz ordentlich gestiegen sind und es auch wirklich Nettozuwächse gegeben hat. Es gibt allerdings Lebensverhältnisse, also zum Beispiel Familien mit Kindern in Frankfurt, Hamburg, Berlin, wo die Mieten hoch sind. Da bleibt in der Tat wenig über. Und auf solche Bevölkerungskreise bezieht sich das auch zum großen Teil. Aber man muss einräumen, dass wenn jemand in einem Tariflohn als Krankenschwester oder Erzieherin arbeitet und Alleinverdiener ist in einer Stadt mit hohen Mieten, dann kann es eng werden.

SWR: Im Wahlkampf jetzt werden ja auch gerne Entlastungen von der Politik versprochen. Der Bund der Steuerzahler fordert den Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu senken, von im Moment drei Prozent auf zweieinhalb. Bei einem Überschuss von fast 13 Milliarden Euro in Ihrem Haushalt bei der Arbeitslosenversicherung haben Sie es schwer solche Forderungen abzulehnen oder?

D. Sch.: Also wir stellen uns darauf ein, dass wir in absehbarer Zeit uns solchen Debatten stellen müssen. Unser Maßstab ist immer die Finanzmarktkrise. Da haben wir 18 Milliarden Euro aus eigenen Mitteln aufgewandt und fünf Milliarden Bundeszuschuss. Wir sind jetzt wahrscheinlich bei ungefähr 13

Milliarden Rücklagen. Wenn wir in Richtung 20 Milliarden kommen, dann glaube ich, müsste man realistisch über eine Beitragssenkung nachdenken.

SWR: Und wann wäre das der Fall?

D. Sch.: Vermutlich 2019.

SWR: Das heißt jetzt für den Bundestagswahlkampf ist das für Sie kein Thema?

D. Sch.: Ich glaube, dass wir gemeinschaftlich gut beraten sind, eine interventionsfähige Behörde zu haben, die auch schnell reagieren kann, die gemeinsam mit dem Verwaltungsrat, mit den Banken reagieren kann, die mit der Bundesregierung reagieren kann. Wenn wir jetzt eine nachhaltige Beitragssenkung hätten, wäre das nicht möglich. Das wäre glaube ich klug diese Reserve zu haben, für den Fall, dass etwas passiert. Wir geben es ja nicht unsinnig aus, das Geld ist ja nicht weg, es ist ja da.

SWR: An der Arbeitslosenstatistik die Sie da Monat für Monat präsentieren gibt es ja auch immer wieder Kritik. Zweieinhalbmillionen Menschen sind aktuell arbeitslos gemeldet, aber ohne Job sind ja viel mehr, eine Million fallen aus der Statistik raus, die sind zum Beispiel in Weiterbildungen. Oder ältere Menschen ab 58 fallen raus, gelten nicht mehr als arbeitslos, wenn sie ein Jahr keinen Job angeboten bekommen haben. Das heißt doch, diese glänzenden Arbeitslosenzahlen bilden die Wirklichkeit gar nicht ab.

D. Sch.: Das würde ich so nicht gelten lassen, denn wir berichten ja über die Unterbeschäftigung. Also ich und früher Herr Weise, wir haben zuerst die Arbeitslosenzahl präsentiert und dann haben wir auf die Unterbeschäftigung hingewiesen. Das ist in jeder Statistik enthalten. Jeder kann sehen wieviel Menschen arbeitslos sind, wieviel Menschen in Maßnahmen sind und wieviel Menschen über 58 sind. Das ist transparent, gar keine Frage und das ist gesetzlich so geregelt. Da das seit vielen Jahren so ist, sollte man das auch so lassen, denn so bleibt es zumindest vergleichbar.

SWR: Die Politik feiert sich natürlich für diese relativ niedrige offizielle Zahl, aber wäre es nicht ganz einfach ehrlicher zum Beispiel ältere Arbeitslose in diese offizielle Statistik mit aufzunehmen?

D. Sch.: Das ist, glaube ich eine Sache, der muss sich vielleicht auch mal eine Bundesregierung zuwenden, wenn ich mich recht entsinne, hatte die BA seinerzeit eine andere Stellungnahme abgegeben zur Frage der Statistik. Jetzt ist es so entschieden und ist es erstmal gut so.

SWR: Sie wollen die gute Lage am Arbeitsmarkt nutzen um die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Mehr als 900 Tausend Menschen sind ein Jahr oder länger ohne Job, viele davon seit langer Zeit. Wie wollen Sie diese Leute wieder in Arbeit bringen?

D. Sch.: Ich glaube zunächst muss man sagen, man muss stark auf Prävention setzen. Mein Hauptanliegen ist den Neuzugang in Arbeitslosigkeit zu unterbinden und das heißt, dass wir in den Jobcentern Eltern beraten, die am Tisch sitzen, damit ihre Kinder in die Krippe gehen, damit, wenn sie in Klasse eins kommen, auch wenn es nicht unsere originäre Aufgabe ist, sprachlich so sind wie jedes andere Kind auch und nicht schon in Klasse zwei auf der Strecke bleiben. Das nutzt uns hinterher auch. Wir wollen uns kümmern um den Übergang Schule-Beruf verstärkt und verbessert ab Klasse acht in die Vorabgangsklassen gehen, Berufsberatung machen. Wir wollen in die Oberstufen der Gymnasien gehen, um Studienabbrecher zu vermeiden und das Berufswahlspektrum zu erweitern. Das sind alles präventive Maßnahmen die erstmal ganz gut wirken bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Und dann haben wir gute Erfahrung gemacht mit der Erhöhung der Kontaktdichte, wie es so schön heißt, also der Berater sieht den Arbeitslosen öfter, da steigen die bescheidenen Integrationsquoten in der

Grundsicherung um das Doppelte. Wenn man sich den Rhein-Neckar-Kreis anguckt, da haben wir das Modell gemacht. Da werden aus 16 Prozent Integrationsquote 30 Prozent. Das ist immer noch bescheiden, aber es zeigt, dass man auch im Bestand von Menschen die länger arbeitslos sind was schaffen kann und man soll keinen aufgeben, finde ich.

SWR: Aber was passiert dann, wenn Sie die „Kontaktdichte“ erhöhen, man trifft sich öfter, man spricht mehr über was?

D. Sch.: Man spricht in der Regel über die gesamte Familiensituation. Man hat, wenn man sich öfter sieht auch andere Möglichkeiten zu gucken wirken die Maßnahmen die man mit dem Arbeitslosen vereinbart hat. Wenn man ein Praktikum verabredet hat, kann man sich auch zwischendurch sehen und fragen wie es funktioniert, kann man einem Abbruch vorbeugen. Ich glaube, das Wissen über das Familiensystem. Und das gesamte System in dem ein Arbeitsloser lebt führt dazu, dass man auch bessere Vermittlungsvorschläge machen kann. Und auch passgenauere Unterstützungsangebote, wenn die Arbeit aufgenommen ist. Ein Zauberwort ist sicherlich auch Coaching, wenn sozusagen der Arbeitsplatz das erste Mal seit langen Jahren wieder da ist.

SWR: Und Sie sagen, für die die als der „harte Kern“ der Langzeitlosen gelten, da soll es auch eine öffentlich geförderte Beschäftigung geben. Für wie viele Menschen und wie soll das aussehen?

D. Sch.: Ja, das sage ich und ich bin froh, dass Sie mich das erst als zweites fragen, weil wichtiger oder bedeutsamer für das Gesamtprojekt Langzeitarbeitslosigkeit ist die Verhinderung durch Prävention. Und durch die verbesserte Beratung, eben auch das Ausscheiden aus Langzeitarbeitslosigkeit und geförderter Beschäftigung. Und dann gibt es wahrscheinlich einen Personenkreis oder nicht nur wahrscheinlich, sondern es gibt einen Personenkreis der vier, fünf Jahre arbeitslos ist. Vielleicht auch älter, gesundheitliche Einschränkungen hat. Und bei dem über viele Jahre die Vermittlung nicht gelungen ist..

SWR: Wie viel Menschen sind das?

D. Sch.: Das sind, sagt das IAB, zwischen einhundert und zweihunderttausend insgesamt. Wir würden aber keinen Beschäftigungssektor mit so viel Plätzen schaffen. Und denen muss man insbesondere dann, wenn Kinder in den Familien leben, zumindest temporär Beschäftigung anbieten. Wir waren neulich in einer mittelgroßen Stadt und da hat uns der Jobcenter-Geschäftsführer gesagt, siebzig Prozent der Arbeitslosen hätten keine Berufsausbildung. Dreißig Prozent davon wiederum ohne Hauptschulabschluss. Und es siedelt sich dann Offshore-Technologie an, also es gibt kaum einen Schnittpunkt zwischen neuen Arbeitsplätzen und dem Können der Arbeitslosen. Dann hat man nur noch die Möglichkeit zu entscheiden, wir alimentieren bis zum Eintritt in das Rentenalter oder wir bieten zumindest Beschäftigung, durchaus auch im Sinne der Kinder in den Familien, an. Also, ich würde dann immer lieber Arbeit finanzieren als Arbeitslosigkeit.

SWR: Aber was bringt das konkret, wenn so jemand dann ein Jahr lang im Stadtpark Blumen gießt und Unkraut jätet, dann ist er ja nicht besser qualifiziert.

D. Sch.: Na ja, er muss ja nicht Blumen gießen und Unkraut jäten. Wenn man es sozialversicherungspflichtig macht, darf man es auch am Markt tun. Dazu braucht man einen Beirat und Einvernehmen mit Kammern und Arbeitgebern vor Ort, das ist aber machbar.

SWR: Das heißt ganz konkret, welche Jobs müsste man sich da vorstellen?

D. Sch.: Na, wir haben zum Beispiel in Hamburg bei der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft so „Concierge-Lösungen“ gehabt, wo jemand den Hausmeister gemacht hat und den Pförtner gemacht hat. Das ist normalerweise in der Miete nicht enthalten. Das hat zu einer Befriedung in den Häusern geführt. Und es ist auch eine ernsthafte Arbeit von der man abends berichten mag und das geht. Ich glaube nicht an Wunder, per se nicht, aber wenn jemand fünf Jahre nicht vermittelt worden ist, gar keine Berufsausbildung hat und weitere Probleme hat, dann kann es nach einem solchem Jahr oder zwei Jahren befristeter Beschäftigung auch in Arbeit gehen. Aber vorrangig geht es in diesem kleinen Segment um soziale Teilhabe und die Verhinderung der Vererbung von Arbeitslosigkeit.